

# AL Info 4 / 20

- 3 Interview mit unserem neuen Gemeinderat Willi Wottreng über seine politischen Anliegen.
- 4 Velostadt – aber sicher!: Stadtrat Richard Wolff über die Velostadt Zürich.
- 6 Ernst Joss über fehlende Mitsprache in den Gemeinden.

AZB  
CH-8004 Zürich  
Post CH AG

## Stadtplanung lernen

**Vorlagen für gemeinnützigen oder preisgünstigen Wohnraum werden in der Stadt Zürich traditionsgemäss selten bis nie abgelehnt. Zürcher\*innen wären angesichts des konstanten Mangels an günstigen Wohnungen auch blöd, wenn sie das täten. Trotzdem muss der Gestaltungsplan Thurgauerstrasse, über den wir Ende November abstimmen, unbedingt abgelehnt werden.**

Auf den ersten Blick mag er alle Kriterien für ein Vorzeige-Projekt erfüllen: Das Bauland ist städtisch und der Neubausiedlung müssen zwar Schrebergärten, aber keine günstigen Altbauwohnungen weichen. Der Wohnraum für 2000 Menschen ist nicht nur 100% spekulationsfrei, er ist auch ein wichtiges Puzzlestück für die Realisierung des vom Stimmvolk geforderten Drittelsziels an gemeinnützigen Wohnungen. Ein Teil der Wohnungen soll subventioniert werden, was für gute soziale Durchmischung sorgt. Für Gewerberäume ist ebenso gesorgt wie für Alterswohnungen. Auch Infrastruktur in Form von Schule, Park und Alterspflege ist vorgesehen. Das Projekt ist zudem der 2000-Watt-Gesellschaft und dem auto-armen Wohnen verpflichtet. Und es leistet einen Beitrag an das von Bund und Kanton verordnete Verdichtungsziel, mit dem der Zersiedlung des Umlands begegnet werden soll. Ist ein Narr, eine Närrin, wer solch reich geschnürtes Paket an den Sender zurückschickt?

### Widerstand und Skepsis von Anfang an

Im Abstimmungsbüchlein kommt die Vorlage leichtfüssig daher. Keine Rede davon, wie hart es für Stadtrat und Verwaltung war, sie in der Kommission und im Rat durchzuboxen. Und nichts im Text

erinnert daran, dass sie nur eine Mehrheit fand, weil sich SP, FDP und GLP in letzter Minute in einer rein politischen Abwehralianz zusammenraufen. Turbulente Debatten, ein absurdes Rückweisungstheater, widersprüchliche Zusatzanträge, Vorstösse und zähe Verhandlungen gingen dem voraus, was im Büchlein nun schlicht als Zustimmung des Gemeinderats, der «einige Änderungen vorgenommen hatte», bagatellisiert wird. Die Kämpfe und Krämpfe im Parlament und die Tatsache, dass trotz Corona in kurzer Zeit mehr als 2000 Personen das Referendum gegen dieses Flickwerk unterschrieben haben, dürfen als Hinweis dafür gelten, dass mehr als ein Grund gegen dieses Projekt spricht.

### Beschränkter Einfluss des Parlaments

Das Parlament konnte zwar ein bisschen Fassadengrün hier und etwas weniger versiegelten Boden dort einbringen, an den Grundfesten – dem Planungssperimeter, den Gebäudekuben und ihrer Anordnung – durfte nicht gerüttelt werden. Der Mix aus brutalistisch anmutenden Hochbauten und Gebäuderiegeln blendet die Umgebung nicht nur völlig aus, sondern drückt die unmittelbare Nachbarschaft rücksichtslos an den Rand. Zwar wurden auch andere – nennen wir sie verspieltere – Testplanungen von der Jury evaluiert. Sie bezogen auch die Eigenheiten des bestehenden Quartiers mit ein, planten grosszügige «Nachbarschaftsbänder», wo sich alte und neue Bewohner\*innen begegnen konnten, und betonten die organische Entwicklung des Areals. Welcher Teufel die Verantwortlichen geritten haben mag, dass sie gerade das vorliegende Projekt vorzogen? War es die von der Stadt gelobte

«robuste urbane Struktur», die den Ästhet\*innen gefiel? Oder waren die Technokrat\*innen fasziniert von der «einfachen Kommunizierbarkeit des Projekts», der genauen Berechenbarkeit der Anzahl Menschen, die man in solche Baukörper «abfüllen» kann?

### Kein Wunder, wehrt sich das Quartier

Die SP macht es sich einfach. Unterm Motto «Augen zu und durch» und in strammer Nibelungentreue zu André verkündet sie «Vorwärts mit dem bezahlbaren Wohnungsbau.» Für uns erfordern Quartierplanungen den Blick in die Zukunft. Zu oft sind die hiesigen Stadtplaner\*innen mit Blindheit geschlagen, wenn es um die hier und jetzt lebenden Menschen und die Strukturen geht, in denen sie sich bewegen. Das ist ein unverzeihliches Versäumnis. Und dass ihr Lebensmittelpunkt von der Stadt zum Entwicklungsgebiet erklärt wird, eine entmündigende Beleidigung sondergleichen. Kein Wunder, wehren sich heute Quartiere in vielen Teilen der Stadt, auch gegen Projekte, denen man, wären sie umsichtiger aufgegleist, zustimmen könnte.

Das Polit-Flickwerk, wie es uns hier vorliegt, muss abgelehnt werden, weil sich seine Erschaffer\*innen wie Elefanten im Porzellanladen der Gegenwart bewegen. Die Stadt muss – will sie ihre Ziele tatsächlich erreichen – endlich lernen, wie man Quartiere sensibel erweitert, ohne dass Verdichtung zum allgegenwärtigen Schreckgespenst wird. Das sollte doch möglich sein! (Siehe die Abbildung der Situation Thurgauerstrasse auf Seite 8.)

Andrea Leitner, AL-Gemeinderätin

## Parolen

### Abstimmungen vom 29. November 2020

#### BUND:

Volksinitiative «Für verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt» **JA**

Volksinitiative «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten» **JA**

#### STADT ZÜRICH:

Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Sportstadt Züri» **JA**

Öffentlicher Gestaltungsplan «Thurgauerstrasse Teilgebiete A und C–F Wohnen/Gewerbe» **NEIN**

Förderung Tanz und Theater, Rahmenkredit Konzeptförderung, Erhöhung Beiträge an Ko-Produktionsinstitutionen **JA**

## Termine

**Dienstag, 24. November 2020:** AL-Vollversammlung, 19 Uhr.

**Dienstag, 5. Januar 2021:** AL-Neujahrsapéro. Nähere Informationen folgen. Irgendetwas wird uns schon einfallen.

**Alle aktuellen AL-Termine sind jeweils online abrufbar auf unserer Homepage unter: [www.al-zh.ch](http://www.al-zh.ch)**

## Impressum

Alternative Liste (AL) Molkenstr. 21, 8004 Zürich, [www.al-zh.ch](http://www.al-zh.ch)

**Sekretariat** Marco Toscano, Ezgi Akyol, Molkenstr. 21, 8004 Zürich, sekretariat@al-zh.ch, Tel. 044 242 19 45 / 076 577 45 19

**Erscheint** 4 bis 6 mal jährlich

**Auflage/Druck** 2000 Ex., Druckerei Nicolussi, Zürich

**Layout** Marco Toscano, Ezgi Akyol

**Redaktion** Niklaus Scherr, Andrea Leitner, Dayana Mordasini, Elvira Wieggers, Marco Toscano, Ezgi Akyol, Rosa Maino

AL-Info ist das offizielle Publikationsorgan der Alternativen Liste. Der Abonnementspreis von CHF 10.- ist im Mitgliederbeitrag enthalten.

## Ja zur «Sportstadt Züri»

**Mit ihrer – mittlerweile zurückgezogenen – Initiative forderte die PdA den Gratis-eintritt in allen Sport- und Badeanlagen. Der von Linksgrün lancierte Gegenvorschlag verlangt den Gratis-eintritt in den Freibädern für alle und die unentgeltliche Benutzung aller Sport- und Badeanlagen für unter 20-Jährige.**

Der Gegenvorschlag gewährleistet die Teilhabe am öffentlichen Leben für alle, unabhängig vom Portemonnaie. Badis und Kunsteisbahnen sind Orte der Bewegung, des Spiels, der Entspannung und nicht zuletzt auch der Begegnung. Nie-

mand soll ausgeschlossen werden, nur weil der Einzelntritt oder die Saisonkarte das Budget zu sehr strapazieren. Austausch unter Kolleg\*innen oder neue Bekanntschaften fördern das Wohlbefinden und stärken die Lebensfreude. «Sportstadt Züri» leistet einen Beitrag zu mehr Miteinander.

Dass die Männerbadi keinen Eintritt kostet, die Frauenbadi hingegen schon – auch dieser skandalöse Anachronismus würde mit einem Ja am 29. November beseitigt.

**Patrik Maillard, AL-Gemeinderat**

## «Super-Sunday»

**Der 27. September war für Linksgrün auf Bundesebene ein echter «Super Sunday»: Ja zum – zwar höchst bescheidenen – Vaterschaftsurlaub, Nein zur SVP-Kündigungs-Initiative, zum Kinderabzug-Bschiss und zum Jagdgesetz. Einziger Wermutstropfen: die äusserst knappe Annahme der überflüssigen Fliegerbeschaffung.**

Das Nein zur Kündigungs-Initiative – die Durchsetzungs-Initiative zur 2014 nur knapp angenommenen Einwanderungs-Initiative – ist auch im Kanton Zürich unmissverständlich ausgefallen. Stimmt 2014 alle Bezirke ausser Zürich, Horgen und Meilen zu, sagte diesmal kein einziger Bezirk Ja; 133 damals befürwortenden Gemeinden stehen jetzt noch 28 gegenüber. Der Einbruch ist flächendeckend. Sowohl in der Agglo – lange neben den Agrargemeinden das zweite Standbein der SVP – wie in den peripheren

Landgemeinden sackte die Zustimmung um ein Fünftel bis ein Viertel ab. In den Städten Zürich und Winterthur fiel der Ja-Anteil gar um ein Drittel.

Speziell gefreut hat mich das wuchtige Nein zum Kinderabzug-Bschiss bei der Bundessteuer. Sah es lange danach aus, dass sich linksgrüne Wähler\*innen vom irreführenden Voragentitel «Abzug der Kinderdrittbetreuungskosten» ködern liessen, obsiegt schliesslich die Erkenntnis, dass in Corona-Zeiten kein Platz besteht für Steuergeschenke an mehrbessere Haushalte. Schwer zu denken gibt mir trotzdem, dass das Nein in meinen Stadtkreisen 4+5 nur gerade 69.12% betrug – gleichviel wie die 69.07% in der SVP-Hochburg Bezirk Andelfingen.

**Niggi Scherr**

## Lieber spät als nie: GV der AL

**Die ordentliche Mitgliederversammlung 2020 fand dieses Jahr in der eindrucklichen Kunsthalle Art Dock statt. Nach dem Apéro führte Ralph Bänziger Interessierte durch die aktuelle Ausstellung «Kunstmeter»: Eine Ausstellung mit Werken zeitgenössischer bildender Zürcher Künstler\*innen.**

Der Vorstand berichtete über das letzte Jahr, das ganz im Zeichen der Wahlen stand: Im Sommer 2020 trafen sich die Parlamentarierinnen und Parlamentarier der AL und der Vorstand zu einer Retraite: Ziel war es, die Zusammenarbeit zu verbessern und gemeinsame Ziele für die nächsten Jahre festzulegen,

damit wir den nächsten Wahlzyklus gestärkt in Angriff nehmen können.

Der Revisor hatte an der Rechnung nichts auszusetzen und bedankte sich für die grosse Arbeit des Kassiers. Den Organen wurde Decharge erteilt. Der bisherige Vorstand - und neu Anne-Claude Hensch - wurden mit Applaus (wieder-) gewählt.

Am Schluss wurde über AL-Interventionen diskutiert, wie die Finanzierung der Corona-Kosten fair verteilt werden können. Der Vorstand wurde beauftragt, die Vorschläge zu konkretisieren.

**Isabel Maiorano, AL-Vorstand**

# Interview mit dem neuen AL-Gemeinderat Willi Wottreng

**Deine Werke haben regelmässig zu Debatten und Inspiration anderer Künstler\*innen geführt. Warum?**

Ich habe immer in den Rändern der Gesellschaft herumgestochert. Ich wollte mit den Protagonist\*innen meiner Bücher einen Perspektivenwechsel anbieten. Besonders stolz bin ich auf mein Buch über die Psychiatrie: «Hirnriess». Damals wurde ich stark kritisiert. Mittlerweile ist klar, dass in den Institutionen Zwangsmassnahmen angewendet wurden.

**Auf deiner Webseite begründest du deine GR-Kandidatur mit «Ein bisschen Unruhe muss sein». Wie bist du zur AL gekommen, wo wünschst du dir mehr Unruhe?**

Ich bin ein 68er, der Politik fast im Blut hat. Ich lebe seit 50 Jahren im Quartier und war auch hier aktiv – vor allem in der Kulturgruppe der Kalkbreite. Die Kalkbreite sah ich als Gegenstück zur Europaallee, obwohl ich der Kalkbreite heute mehr politischen Mut wünschen würde. Ich suchte etwas, das kulturell, urban und vielfältig ist, Unruhe eben. So bin ich bei der AL gelandet. Ich begrüsse jede Art von Bewegung von unten.

**Du warst 17 Jahre lang Vorstandsmitglied der Gesellschaft Minderheiten und bist Geschäftsführer der Radgenossenschaft der Jenischen und Sinti in der Schweiz. Du setzt dich für die Rechte von Entrechteten und Marginalisierten ein.**

Für mich ist es klar, dass es eigentlich keine Randgruppen gibt. Jede Gruppe am Rand hat ihren eigenen Weltmittelpunkt und muss respektiert werden. Dabei geht es nicht darum, eine paternalistische, wohlwollende Haltung einzunehmen, diese Menschen sollen selber zu Wort kommen. Um Ermächtigung von Minderheiten. Viele haben die Vorstellung, dass alle Bürger\*innen gleich sind. Wenn aber ganze Gruppen diskriminiert werden, kann man nicht einfach sagen, dass alle gleich sind. Da braucht es eine Minderheitenpolitik. Erstmals überhaupt nimmt mit mir ein Vertreter der jenischen Community Einsitz im Rat. Ich habe von daher eine besondere Sensibilität für Minderheiten und werde mich wie du als meine Vorgängerin für sie engagieren.

**Du hast im September 2020 ein neues Buch herausgebracht, «Jenische Reise». Dein Verlag bezeichnet es als Europas Geschichte von unten.**

Das Buch ist mir ein Herzensanliegen.



Willi Wottreng freut sich auf die parlamentarische Arbeit.

Eine nigerianische Schriftstellerin hat gesagt, wenn man nur eine Geschichte erzählt, entwürdigt man diese Menschen. Es braucht viele Geschichten über die Jenischen. Wenn man nur sagt, dass sie in Wohnwagen leben und ihnen die Kinder weggenommen wurden, ist dies eine Herabsetzung. In meinem Buch erzählt die 1000-jährige Anna von ihren Jahrhunderten, die sie erlebt hat, und jedes Jahrhundert war anders. Anna ist eine widerständige Unterschicht-Frau aus dem schwer definierbaren Milieu der Jenischen.

**Wie wurdest du politisiert?**

Ich komme aus einem christlich-sozialen Elternhaus. Ich habe mich früher einmal bei einer maoistischen Gruppierung engagiert, weil ich die Gesellschaft fundamental verändern wollte. Ich sehe die Lösung heute nicht in dieser Art von Politik. Mir geht es aber darum, die Gesellschaft etwas menschlicher zu machen.

**Was brennt dir parlamentarisch schon jetzt unter den Nägeln?**

Die städtische Kulturpolitik ist mir heute zu fest auf Wirtschaftsstandortförderung ausgerichtet. Man muss regionale, lokale Tätigkeiten v.a. im Bereich bildende Kunst fördern. Das Überleben des Art Dock liegt mir speziell am Herzen.

Zum anderen will ich mich quartierpolitisch engagieren. In meinem Quartier geht es momentan vor allem darum, wie wir mit der 24-Stunden-Spassgesellschaft und ihren Auswirkungen umgehen, ohne in einen Sittlichkeitspuritanismus zu fallen. Es braucht einen Schutz der Quartierbevölkerung ohne ein Verdrängen der Randbevölkerung im Quartier. Ich will eine kulturell und sozial bunte Stadt.

**Interview: Ezgi Akyol**

# AL-Film- und Buchtipp

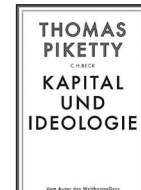


**David Garcia empfiehlt «Do the Right Thing» (Spike Lee, 1989)**

Als dieser Film erstmals aufgeführt wurde, blieb manchen (weissen) Kinokritiker\*innen das

Lachen im Hals stecken. Selten war das Mainstreampublikum auf eine derart intelligente Art mit dem Rassismusproblem und dessen tödlichen Konsequenzen konfrontiert worden. Konservative Stimmen befürchteten sogar, dass der Film zum Katalysator für die Entstehung von Massenprotesten werde. Zu solchen kam es damals nicht, über 30 Jahre später mit der BLM-Bewegung aber schon. Sodass sich die Frage stellt, ob uns «Do the Right Thing» heutzutage immer noch etwas zu sagen hat.

Die Antwort könnte nicht brutaler sein: Ja, leider sehr viel. Denn Lees Fiktion und George Floyds Realität sind derart verstörend ähnlich, dass die Rassismusanalyse des Regisseurs als hochaktuell angesehen werden muss. Die Lösung aus dieser gewalttätigen Schlaufe sieht Lee in einer Mischung von passiver Resilienz (Martin Luther King) und aktiver Abwehr (Malcom X).



**Walter Angst empfiehlt: Thomas Piketty: Kapital und Ideologie ISBN 978-3-406-74571-3.**

Das auf die breit rezipierte Studie «Das Kapital im 21. Jahrhundert» folgende Werk liegt mittlerweile auf deutsch vor. Wer Zeit hat, die nicht weniger monumentale Studie über die Entwicklung der sozialen Ungleichheit vom Mittelalter bis zum Hyperkapitalismus als Ganzes zu lesen, wird es nicht bedauern. Erlaubt ist allerdings auch, nur den vierten Abschnitt zu lesen, in dem Piketty die Veränderung der politischen Konflikte der letzten 30 Jahre reflektiert und recht konkrete Elemente für einen partizipativen Sozialismus für das 21. Jahrhundert vorschlägt. Besonders inspirierend war für mich der nachgezeichnete Wandel der elektoralen Basis der Linken (gauche brahmene) und seine stark vom linken Mainstream abweichende Interpretation der rechtskonservativen - von ihm «sozialnativistisch» genannten - Bewegungen (identitäre Falle).

# Velostadt – aber sicher!

## Richi, fühlst du dich gut auf dem Velo?

Ich fühle mich sicher. Aber es gibt Situationen, in denen viel Adrenalin fliesst. Ich fahre ab und zu Auto, und schon die Vorstellung, mit einem Velo zusammenzustossen, löst bei mir grosse Angst aus. Ich bin mir bewusst: Viele fühlen sich nicht immer sicher auf dem Velo. Und das wollen wir ändern.

## Immer wieder taucht der Kanton als Spielverderber auf. Wie eng ist der Handlungsspielraum der Stadt?

Mit Art. 104 Abs. 2 bis wurde durch die Anti-Stau-Initiative in der Kantonsverfassung festgeschrieben, dass es bei Veränderungen auf den Kantonsstrassen nicht zu einem Kapazitätsabbau kommen darf. Darum müssen wir z.B. auf der Bellerivestrasse nachweisen, dass ein Spurabbau keine Kapazitätsminderung bringt. Was die Stadt auf kantonalen Strassen tun kann: Velostreifen markieren ohne Spurabbau, Roteinfärbungen anbringen oder die Lichtsignalsteuerung optimieren. Dann kann sie das Temporegime ändern, also Tempo 30 verfügen, wenn es dafür keine baulichen Massnahmen braucht. Im Bereich Velo kommen sich die unterschiedlichen Haltungen von Stadt und Kanton deutlich in die Quere.

## Und wie gehst du mit diesem Interessenskonflikt um?

Unsere Strategie: erstens weiterzumachen mit Tempo 30. Mit diesem Instrument haben wir die Möglichkeit, den Raum umzuverteilen. Wenn Tempo 30 gilt, können wir die Fahrbahn schmaler bauen, was den Velos und auch Bäumen zugutekommt. Die Massnahme ist einfach und schnell umzusetzen. Gegenwärtig reden wir über die zweite Tempo-30-Welle. Wichtig ist heute, wie wir in diesem Kontext mit dem öffentlichen Verkehr umgehen wollen.

Zweitens konzentrieren wir uns auf die Parkplätze. Die Diskussion der Umverteilung des Strassenraums ist mir sehr wichtig. Heute ist der Abbau von Parkplätzen kein Tabu mehr. Und so fallen denn auch bei vielen Strassenbauprojekten Parkplätze weg. Dadurch wandeln wir Verkehrsraum in öffentlichen Raum um.

Und drittens: Wir verlegen, so wie es auch die Veloinitiative fordert, die Vorrouten auf die Quartierstrassen. Und ab dem 1.1.2021 darf auch in den Tempo-30-Zonen der Rechtsvortritt aufgehoben werden. Dadurch haben wir neu die Möglichkeit, die Velostrecken sicherer zu machen.

An der Stampfenbachstrasse, der Weinbergstrasse oder auch am Bahnhofquai haben wir die Situation bereits verbessert. Aber es gibt noch viel zu tun auf den grossen Verbindungsachsen, zum Beispiel am Central. Ich spüre das Adrenalin jedes Mal, wenn ich da durchfahren muss. Für den Raum HB/Central habe ich eine grossräumige Gesamtbetrachtung angestossen, mit dem Ziel, den Stadtraum aufzuwerten und die Verkehrsführung zu verbessern.

## Wenn Zürich nicht autofrei wird, hat es denn überhaupt jemals Platz für eine «lückenlose» Veloinfrastruktur?

Gewerbe, öffentlicher Verkehr, Mobilitätsbehinderte und Dienstleister\*innen werden auch in einem autofreien Zürich den Strassenraum benutzen dürfen. Ansonsten würden viele Menschen benachteiligt, die heute aufs Auto angewiesen sind. Eine «Stadt ganz ohne Autos» ist deshalb eine Illusion.

In jedem Bauprojekt wird heute das Velo mitberücksichtigt. Hier hat sich das Bewusstsein geändert. Die Planer\*innen denken das Velo mit. Ziel ist, die heute zum Teil bereits guten Velostrecken (Mühlebachstrasse, Scheuchzerstrasse, Baslerstrasse) optimal miteinander zu verbinden, so dass sie eben nicht irgendwo im Nirgendwo enden. Wir brauchen mehr Mut und Innovation in den Strassenbauprojekten und müssen Gewohntes (Leistungsfähigkeit, Parkierung) hinterfragen. Zusätzlich muss jeweils der gesamte Korridor, das ganze Quartier betrachtet werden.

## Wie erhöhst du die Sicherheit?

Der Wandel in der Verwaltung ist im Gange, das Velo hat Priorität. Tempo 30 ist eine effektive Massnahme, um die Verkehrssicherheit zu erhöhen und die gegenseitige Rücksichtnahme zu fördern. Für eine Velokultur braucht es diesen Wandel. Die Stadt muss so gestaltet werden, dass sich die Velofahrer\*innen regelkonform verhalten können. In Kopenhagen sah ich, dass sich alle an die Regeln halten, da die Infrastruktur funktioniert. Damit erbringen wir eine zivilisatorische Leistung. Und die Klimadebatte unterstreicht die Notwendigkeit des Wandels. Im Lockdown stiegen viele aufs Velo um. Viele auch aufs E-Bike, und das ist gut. So steigt der Druck, die Strassen sicherer zu bauen. Nun müssen die gefährlichsten Orte der Stadt rasch verbessert werden - Hubertus, Bucheggplatz, Limmatquai. Auch dafür haben wir den stadträtlichen Schwerpunkt «Sicher Velofahren» geschaffen. Mit diesem Programm werden Mischverkehrsflächen zwischen Velo- und Fussverkehr aufgehoben, gefährliche Stellen identifiziert und umgehend verbessert.

Gerade für die Sicherheit ist es wichtig, dass die Infrastruktur stimmt und sich alle an die Regeln halten können. Nur so können wir eine Stadt werden, in der sich auch Kinder, Grois und Neufahrer\*innen trauen, mit dem Velo unterwegs zu sein.

## Interview: Dayana Mordasini



Stadtrat Richard Wolff: Das Velo hat jetzt Priorität.

# Divestment-Präzedenzfall

**Die Schweiz ist ein globaler Player auf dem Finanzmarkt. Das ermöglicht und verpflichtet uns, Spielregeln aufzustellen, was für Geschäftsmodelle von hier aus finanziert werden. Die Kriegsgeschäfte-Initiative bildet ein wichtiges Puzzleteil für eine aktive Divestment-Strategie.**

Ende 2019 verwalteten die Schweizer Banken 7,9 Billionen Franken. 2,3 Billionen davon sind Privatvermögen ausländischer Kunden - ein Viertel der weltweit grenzüberschreitend verwalteten Vermögen. Kein anderer Finanzplatz hält einen so grossen Marktanteil. Seit der Finanzkrise ist auch die Nationalbank zum Grossinvestor aufgestiegen: von 2008 – 2019 sind ihre Devisenanlagen von 47 auf 794 Milliarden Franken und ihr Aktienbesitz von 5.6 auf 159.2 Milliarden emporgeschwunden.

Anlass genug, auf die Investitionspolitik politisch Einfluss zu nehmen. Die in kriegerischen Konflikten eingesetzten Waffen werden von Rüstungskonzernen auf der ganzen Welt hergestellt. Bevor sie aber Waffen herstellen können, müssen diese finanziert werden. Je weniger Akteure bereit sind, Rüstungskonzerne zu finanzieren, umso teurer wird für diese die Kapitalbeschaffung, umso teurer wird die Entwicklung, Herstellung und Verbreitung von Waffen, und umso langsamer schreitet die Aufrüstung und die Proliferation voran.

## Rüstungsfinanzierung durch Nationalbank und Pensionskassen

In welchem Umfang die hiesige Fi-

nanzwirtschaft Rüstungskonzerne finanziert, ist aufgrund der Intransparenz der Branche schwer abschätzbar. Beispiele, die ans Licht der Öffentlichkeit dringen, zeigen ein düsteres Bild.

- Im ersten Halbjahr 2014 hat die Schweizer Nationalbank ihre Beteiligungen an den US-Rüstungskonzernen Honeywell International und Lockheed Martin ausgebaut, die massgeblich an der Entwicklung und Produktion von Atomwaffen beteiligt sind. Dies nachdem sie im Geschäftsbericht von 2013 verkündet hatte, nicht in Firmen zu investieren, die international geächtete Waffen produzieren.

- 34 der weltweit grössten 100 Rüstungshersteller profitieren von der Finanzierung durch die Nationalbank, darunter auch Raytheon und General Dynamics, die in die Produktion von geächteter Streumunition verwickelt sind.

- Die Credit Suisse investierte seit Januar 2011 etwa 1 Milliarde Dollar in Unternehmen, die Atomwaffen und Streumunition herstellen, nachdem sie 2010 angekündigt hatte, keine solchen Geschäftsbeziehungen mehr einzugehen.

- Die GSoA schätzt, dass Schweizer Pensionskassen 4 bis 12 Milliarden Franken in Rüstungskonzernen angelegt haben.

## Anlagepolitik stärker regulieren

Die Kriegsgeschäfte-Initiative, über die wir am 29. November abstimmen, will wenigstens jene Kapitalmarktplayer, deren Anlagepolitik wir de facto ausgeliefert sind – namentlich unsere Pensions-

kassen und die Nationalbank, die zusammen 1.8 Billionen Franken verwalten – per Gesetz verpflichten, die Rüstungsindustrie nicht weiter zu finanzieren.

Der Bundesrat argumentiert, die Initiative «gefährde unsere Altersvorsorge, unseren Finanzplatz, unsere Wirtschaft und damit letztlich unseren Wohlstand.» (Guy Parmelin). Das Geschäftsmodell der Rüstungsindustrie funktioniert umso besser, je mehr Konflikte weltweit mit Gewalt ausgetragen werden und je mehr Unsicherheit herrscht. Ernsthaft: Sollen der Finanzplatz, die Wirtschaft und der Wohlstand der Schweiz davon abhängen, dass in der Welt möglichst viel Unsicherheit und möglichst viel Gewalt herrscht? Dann müssen wir umso dringender daran arbeiten, dies zu ändern.

## Ausstieg aus fossilen Energien

Um die Rendite unserer Pensionskassengelder müssen wir uns dabei keine Sorgen machen. Die Erfahrung zeigt, dass ökologisch und sozial nachhaltige Investitionen auch ökonomisch nachhaltig Gewinn erwirtschaften.

Natürlich tritt bei einer Annahme nicht der Weltfrieden ein. Aber sie schüfe einen Präzedenzfall dafür, dass künftige Investitionen mit den sozialen und ökologischen Werten unserer Gesellschaft vereinbar sein müssen. Meines Erachtens wäre auch ein Investitionsverbot in Unternehmen wünschenswert, deren Geschäftsmodell auf fossilen Energien oder auf Suchtmitteln (etwa Tabak, Zucker, Glücksspiele) beruht.

Ein Ja wäre vor allem ein Weckruf an die Schweizerische Nationalbank, nicht nur in Bezug auf Rüstungsgüter, sondern auch hinsichtlich des Klimawandels ihre Anlagepolitik zu revidieren. Anders als die Zentralbanken von Schweden, Holland oder Frankreich, hält die SNB, getreu dem Mantra der geldpolitischen Neutralität, weiterhin an Investitionen in Kohle- und Ölkonzernen fest.

In den 1990er-Jahren stand der Schweizer Finanzplatz mit den nachrichtenlosen Vermögen und in den Nullerjahren mit seiner offensiven Schwarzgeldpolitik im Fokus. Auch bei der Anlagestrategie ist es an der Zeit, dass sich die Finanzbranche daran macht, ihre Verantwortung wahrzunehmen. Umso früher er angegangen wird, desto schmerzloser und wirksamer verläuft der Divestment-Prozess.

**Michael Schmid**



Kriegsgeschäfte-Initiative: Wichtiges Puzzleteil für eine aktive Divestment-Strategie.

## Auf zum Notbudget



Die Bürgerlichen haben in Winterthur das Budget 2021 versenkt. Mit ihrer Rückweisung an den Stadtrat sorgen sie dafür, dass wir mit einem

Notbudget ins neue Jahr starten. Stadtrat Kaspar Bopp möchte zwar noch vor Ende Jahr ein neues Budget vorschlagen, aber die Besprechung desselben könnte bis in den März dauern. Zumal die Bürgerlichen einerseits eine Steuererhöhung vermeiden, andererseits aber auch Rücklagen aus der Vergangenheit nicht für einen ausgeglichenen Haushalt heranziehen wollen.

Den Bürgerlichen kommt das Loch in der Gemeindekasse sowieso gerade recht. Sie fordern im Grunde einen Minimalstaat. Wo gespart werden soll, wollen sie jedoch nicht sagen. Sonst könnten sie sich ja noch unbeliebt machen. Es ist jedoch klar, dass es zuerst die Schwachen treffen wird und langfristig auch den Mittelstand. Es lebe das Prekariat.

In der Debatte verwiesen die Bürgerlichen auf Nachbargemeinden wie Seuzach oder Pfungen, die einen viel niedrigeren Steuerfuss hätten. Dabei lassen sie die Mehrausgaben für Infrastruktur, Bildungs- und Sozialwesen in einer Grossstadt schön aussen vor. Auch wurden Vergleiche mit Zürich gezogen und die Hoffnung geäussert, mit tiefen Steuern Unternehmen und reiche Steuerzahler\*innen anzuziehen. Nur ist diese Strategie schon in der Vergangenheit gescheitert. Unter anderem die Niedrigsteuerepolitik hat uns diese Misere erst beschert. Winterthur verfügt zwar über eine vielfältige Kultur, aber mit dem internationalen Finanz- und Bildungszentrum von Zürich können wir schlicht nicht mithalten. Nicht zu vergessen der See. Immerhin haben wir seit neustem Tamy Glauser. Ihr scheinen die höheren Steuern nichts auszumachen.

Es bleibt zu hoffen, dass in etwas mehr als einem Jahr die bürgerliche Mehrheit nicht nur im Stadtrat, sondern auch im Gemeinderat gebrochen werden kann. Dann wäre auch eine Budgetkritik von links möglich und der Jahr für Jahr stattfindende Abwehrkampf hätte endlich ein Ende.

Roman Hugentobler,  
AL-Gemeinderat Winterthur

# Fehlende Mitsprache bei der Limeco

In der Stadt Zürich wurde 2018 über einen 285-Mio-Kredit für einen Stollen von der Kehrriechverbrennungsanlage Hagenholz zur KVA Josefstrasse abgestimmt, um nach der Stilllegung der Josefstrasse die Fernwärmeversorgung weiterhin sicherzustellen. Die Stadtzürcher\*innen - Parlament und Stimmberechtigte - werden bei Entscheiden immer wieder einbezogen. Ganz anders in den Gemeinden in der Region Zürich. Etwa bei der Limeco, die im Limmattal die Abfall- und Abwasserentsorgung organisiert.

### Enorme Investitionen...

Bis 2010 war die Limeco ein interkommunaler Zweckverband, heute ist sie eine öffentlich-rechtliche Anstalt. Schon bei Zweckverbänden haben nur die Gemeindeexekutiven wirklich etwas zu sagen. Noch schlimmer ist es bei dieser interkommunalen Anstalt. Sie wurde mit dem klaren Ziel gegründet, der Limeco eine grössere Unabhängigkeit zu verschaffen. Zurzeit baut die Limeco in der Region bis in den Aargau hinein ein riesiges Fernwärmenetz auf. Mit dem für 2035 geplanten KVA-Neubau sind dies Investitionen von weit über einer halben Milliarde Franken. Mit dem Fernwärmeausbau hat die Limeco begonnen, noch bevor sie ein Grundstück für den Ersatzneubau der KVA besass. Auf die Frage, wie man den Wärmebedarf decken wolle, falls der Neubau nicht realisiert werden könne, blieb man die Antwort schuldig. Inzwischen besitzt die Limeco ein Grundstück. Immerhin durften wir 2018 über den 90 Mio-Kredit für den Kauf abstimmen. Uns wurde versichert, mit dem Kauf sei überhaupt noch kein Bauentscheid gefallen - klassische Salamitaktik.

### ...und fehlende Transparenz

Mit den laufend besser isolierten Häusern dürfte der Wärmeverbrauch abnehmen. Dank immer mehr rezykliertem Abfall könnte auch die Kehrriechmenge abnehmen. Hier kündigen sich grosse Veränderungen an, welche die Wirtschaftlichkeit der Fernwärme-Investitionen gefährden könnten. Aber zu sagen hatten weder die Parlamente von Dietikon und Schlieren noch die Stimmbürger\*innen der Limmattaler Gemeinden etwa. Bei Zweckverbänden gibt es immerhin eine meist öffentliche Delegiertenversammlung und ein Initiativrecht. Im Verwaltungsrat der interkommunalen Anstalt haben die Stadträte von Dietikon und Schlieren einen Sitz, auch die andern Gemeindevorstände sind vertreten. Daneben existiert noch ein «Kontrollorgan», dessen Mitglieder ebenfalls den Gemeindeexekutiven angehören müssen. Der Verwaltungsrat tagt hinter verschlossenen Türen, ein Protokoll der Sitzungen sucht die Öffentlichkeit vergebens. Hier ist unbedingt mehr Transparenz nötig.

### Exekutiven entscheiden über Millionen

Bei Investitionen über 2 Mio Franken müssen zwar die angeschlossenen Gemeinden zustimmen, aber dafür sind die Exekutiven, nicht Parlamente oder Stimmbolk zuständig. So wurden die bisher 172 Mio Franken für den Fernwärme-Ausbau von den Gemeindevorständen der Limmattaler Gemeinden abgenickt.

Das Beispiel Limeco zeigt, wie wenig die Bewohner\*innen unserer Gemeinden bei regionalen Aufgaben zu sagen haben. Eine Fusion mit der Stadt Zürich könnte die Situation klar verbessern. Wir dürfen dieses Thema nicht liegen lassen.

Ernst Joss, AL-Limmattal



Limeco organisiert im Limmattal die Abfall- und Abwasserentsorgung.

# Einstieg im Kantonsrat



**Als ich am 17. August das erste Mal in den Kantonsrat kam, wusste ich noch nicht recht, was mich dort alles erwartet. Ich wusste nur eines, dass es sicher viel zu tun gibt. Nach sieben Rats- tagen mit elf Sitzungen und vier Kommissi- onssitzungen kann ich in den Herbstferien eine erste kleine Bilanz ziehen.**

Das mit der vielen Arbeit stimmt tatsächlich. In einer kleinen Fraktion wie unserer kann sich niemand zurücklehnen. Vergleiche ich die Anzahl Voten, die ich schon gehalten habe, mit denjenigen meiner beiden Ratskolleg\*innen, die mit mir zusammen angefangen haben, dann bin ich ganz klar Siegerin nach Punkten: Gleich am ersten Tag durfte ich fünf Voten halten und mittlerweile sind noch weitere dazugekommen. In der gleichen Zeitspanne kommen die beiden andern zusammen auf ein einziges Votum! Dies illustriert eindrücklich, wie die Grösse der Fraktion den Gang ans Rednerpult

beeinflusst. Und es erklärt auch, wieso gewisse Exponent\*innen von grossen Parteien auch regelmässig bei heissen Themen sich z.T. mit mehreren Voten in Szene setzen müssen: Schliesslich muss die eigene Klientel bedient werden und sehen, dass sie vertreten wird!

Das führt mich gleich zum Thema Ratseffizienz. Diese ist nicht immer besonders hoch. Momentan gibt es viele als dringlich erklärte Corona-Anfragen und -Interpellationen. Teilweise sind die Antworten dazu bereits vor der Behandlung im Rat bekannt. Also ein zeitintensiver Leerlauf. Natürlich müssen wir den Regierungsrat kritisch begleiten. Aber so legen wir uns als Rat selber lahm und verursachen einen Rückstau bei allen anderen Geschäften.

Trotzdem freue ich mich, noch mehr in die parlamentarische Arbeit hineinzukommen. Am 19. Oktober reiche ich erstmals - zusammen mit Melanie Berner - eine Anfrage ein: Zürcher Verstrickungen in den Sklavenhandel und Wiedergutmachung.

**Anne-Claude Hensch, AL-Kantons- rätin**

# Neustart für AOZ – mehr Qualität für Kitas



**Die unmenschliche Behandlung von geflüchteten Menschen im Bundesasylzentrum und die Missachtung der Kinderschutzkonvention bei der Betreuung von unbegleiteten Minderjäh-**

**rigen in den im Auftrag des Kantons geführten MNA-Zentren hat für die AOZ Folgen.**

Der Gemeinderat will die 2005 in eine öffentlich-rechtliche Anstalt ausgegliederte Asylorganisation Zürich neu positionieren. Die AOZ soll sich als hochwertige Leistungserbringerin von Organisationen wie der privaten ORS deutlich unterscheiden. Von Bund, Kanton und anderen Gemeinden ausgeschriebene Leistungsaufträge sollen nur übernommen werden, wenn Mindeststandards bei Unterbringung und Betreuung eingehalten werden und überprüft werden können. Ein von AL, SP und Grünen formulierter Auftrag zur Anpassung des Statuts der AOZ ist

Ende August vom Gemeinderat an den Stadtrat überwiesen worden.

Folgen haben auch die von der Republik Anfang 2020 am Beispiel der Kita-Kette Globegarden aufgedeckten Qualitätsmängel in den Kindertagesstätten. Eine am 29. Januar eingereichte Motion der AL, die Objektbeiträge an Kitas für Massnahmen zur Verbesserung der Betreuungsqualität und bessere Arbeitsbedingungen fordert, ist mit den Stimmen von AL, Grünen, SP und EVP, bei Enthaltung der GLP, an den Stadtrat überwiesen worden. Beiträge sollen die Kitas erhalten, wenn sie einen GAV abschliessen, mehr qualifiziertes Personal anstellen und in die Aus- und Weiterbildung des Personals investieren. Der Gemeinderat hat auch zwei Vorstösse der SP behandelt, die eine generelle Erhöhung der Tagessätze für die Betreuung (aktuell 125 Franken) forderte. Die Kosten dieser Erhöhung will die SP über eine Erhöhung der einkommensabhängigen Beiträge der Stadt an die Eltern zumindest teilweise auffangen.

**Walter Angst, AL-Gemeinderat**

# Unruhe bewahren

**19. August:** Schriftliche Anfrage von Ezgi Akyol und Andrea Leitner (AL) zum Umgang der Stadtpolizei mit rassistischen Äusserungen und rechtsextremen Tendenzen im Korps.

**2. September:** AL-Stadtrat Richard Wolff informiert im Gemeinderat über den geplanten Versuchsbetrieb Belle-rivestrasse mit Abbau von Fahrspuren und beidseitiger Veloinfrastruktur. Markus Bischoff (AL) verteidigt den Entscheid in einer Fraktionserklärung im Kantonsrat.

**7. September:** Zusammen mit Grünen, SP und GLP verlangt Anne-Claude Hensch (AL) vom Regierungsrat einen Bericht, der aufzeigt, wie ein Teil der Zürcher Sans-Papiers nach dem Genfer Modell der «Opération Papyrus» reguliert werden kann.

**28. September:** Manuel Sahli (AL) reicht zusammen mit Grünen, EVP, GLP und SP drei Vorstösse zur Förderung der Veloinfrastruktur und Velosicherheit im Kanton ein.

**30. September:** Ezgi Akyol tritt nach über sechs Jahren aus dem Gemeinderat zurück. Die linke Ratsseite verabschiedet sie mit Stehapplaus. Ihre Nachfolge tritt Willi Wottreng an (vgl. Seite 3).

**30. September:** Die AL kämpft dafür, das Schweigen über die Rolle der Stadt Zürich beim Sklavenhandel zu brechen. Ein mit einem Postulat erwirkter Bericht zeigt, dass ein Teil des Zürcher Wohlstandes auf Profiten aus dem transatlantischen Handelssystem beruht. Mit Vorstössen im Gemeinde- und Kantonsrat fragt die AL Stadt- und Regierungsrat, ob sie bereit sind, eine materielle Wiedergutmachung zu prüfen.

**12. Oktober:** Stimmrechtsrekurs von Christian Häberli (IG Grubenacker), Andreas Kirstein und Niggi Scherr (AL) gegen schönfärberischen Comic in der städtischen Abstimmungszeitung Thurgauerstrasse.

**15. Oktober:** AL fordert Anpassung der seit 2009 unveränderten Vermögenssteuerwerte von Liegenschaften.

**19. Oktober:** «Geflüchtete sind Menschen und Menschen haben Rechte»: Kritik von AL-Kantonsrätin Melanie Berner am Vorgehen der Sicherheitsdirektion im Asylbunker Urdorf.

# Finanzen

Damit wir Unruhe bewahren können, sind wir dankbar für jede Spende: Alternative Liste Zürich, PC 87– 63 811– 5

IBAN: CH53 0900 0000 8706 3811 5

## Macht der Sprache und Sprache der Macht



Anfang Oktober haben sich zwei junge Männer verletzt. Vermutlich versuchten sie, im dritten Stock aus dem Fenster zu klettern, und sind dabei ge-

stürzt. Es ist nicht gänzlich klar, was passiert ist. Klar ist, dass die beiden 19- und 23-jährigen Männer ins Spital mussten. Ein tragischer Vorfall. Der allerdings nicht so tragisch sein soll, liest man die Medienmitteilung der Sicherheitsdirektion des Kantons Zürich. Bei den im entsprechenden Gebäude wohnenden Personen handle es sich nämlich um abgewiesene straffällige Asylbewerber. Um Verbüßter von langen Haftstrafen, Straffällige, Diebe, Räuber und Gewalttäter, die sich an keine Regeln hielten.

Nicht von Relevanz war der Vorfall an sich, die Frage nach dem Hergang, nach den Motiven. Es gab keinen Ausdruck von Bedauern und keine Absichtserklärung, dass der Vorfall untersucht würde, etwa um sicherzustellen, dass sich nicht noch mehr Menschen verletzen. Was da mit rund 300 Wörtern zum Ausdruck gebracht wurde, war Abscheu und Verachtung – Menschenverachtung. Nicht zu tolerieren, aber allenfalls zu erwarten von einer rechtspopulistischen Partei, nicht aber von einer kantonalen Direktion.

Mindestens ebenso tragisch ist die Reaktion der Kommunikationsabteilung des Gesamtregierungsrats. Sie stellt sich auf den Standpunkt, dass die Medienmitteilung sachlich informiere und in allen Punkten den Leitlinien des Regierungsrates entspreche.

Eine Gruppe von geflüchteten Menschen, deren Asylgesuch abgelehnt worden ist, pauschal als Schwerverbrecher zu brandmarken und damit implizit zu unterstellen, eine Verletzung einer solchen Person sei nicht so schlimm, ist keine sachliche Darstellung. Das ist Verwendung gewaltsamer Sprache. Um es mit den Worten von Toni Morrison auszudrücken: „Gewaltsame Sprache repräsentiert nicht nur Gewalt, sie ist Gewalt.“

Melanie Berner, AL-Kantonsrätin

# Digitalen Pass Privaten überlassen?

**Im März 2021 stimmen wir über das Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste (E-ID-Gesetz) ab: Es will erstmals einen staatlichen Ausweis kommerzialisieren, den digitalen Schweizer Pass. Für die AL ist klar: Die Herausgabe von Identitätsausweisen muss eine staatliche Aufgabe bleiben und gehört unter demokratische Kontrolle.**

Bundesrat und Parlament wollen einen historischen Systemwechsel: Private Firmen sollen in Zukunft den digitalen Schweizer Pass (E-ID) ausstellen und sensible private Daten verwalten. Anstelle des staatlichen Passbüros treten Grossbanken, Versicherungen und staatsnahe Konzerne. Gegen diese Privatisierung wehren sich die linkgrünen Parteien, Netzaktivist\*innen und verschiedene Kantone.

### Bund zum Datenlieferanten degradiert

Bei der Lancierung der E-ID geht es demokratiepolitisch um eine zentrale Weichenstellung. Die E-ID dient dem offiziellen Nachweis unserer eigenen Identität im Internet, vergleichbar mit der Identitätskarte oder dem Schweizer Pass. Für Verträge, Finanztransaktionen, Gesundheitsinformationen und auch Behördengeschäfte wie die Steuererklärung. Mit der Kommerzialisierung der digitalen Identität wird der Bund zum blossen Datenlieferanten. Das Bundesamt für Polizei schafft eigens eine neue zentrale Datenbank, um privaten Unternehmen die Personendaten für die E-ID zur Verfügung zu stellen. Nur falls die private E-ID-Lösung nicht funktionieren sollte, darf der Bund selber eine E-ID herausgeben.

Der Zürcher FDP-Ständerat Noser bringt es auf den Punkt: Bei der elektronischen Registrierung sollen wir uns den Interessen von CH-Konzernen unterwerfen, um eine Abhängigkeit von US-Monopolen wie Google oder Facebook zu vermeiden. Sozusagen den Teufel mit dem Belzebug austreiben.

### Ungenügender Datenschutz

Anders als bei den bisherigen Ausweisen würde jede Nutzung der E-ID aufgezeichnet und gespeichert – bei einem privaten Unternehmen. Dadurch entsteht ein grosses Datenvolumen mit hohem Missbrauchspotenzial. Das Swiss-ID-Konsortium und die dahinter stehenden Grosskonzerne bieten diese E-ID ja nicht aus reiner Grossherzigkeit an, sondern weil sie sich davon Vorteile versprechen. Trotz Datenschutz-Restriktionen: Auch anonymisiert bieten die Daten kommerziell interessante Erkenntnisse. Betreiber\*innen, die E-ID-Dienste verwenden, erhalten u.a. Angaben über Geschlecht, Geburtsdatum und Geburtsort. Wir werden überwacht, vermessen und kontrolliert – von privaten Firmen.

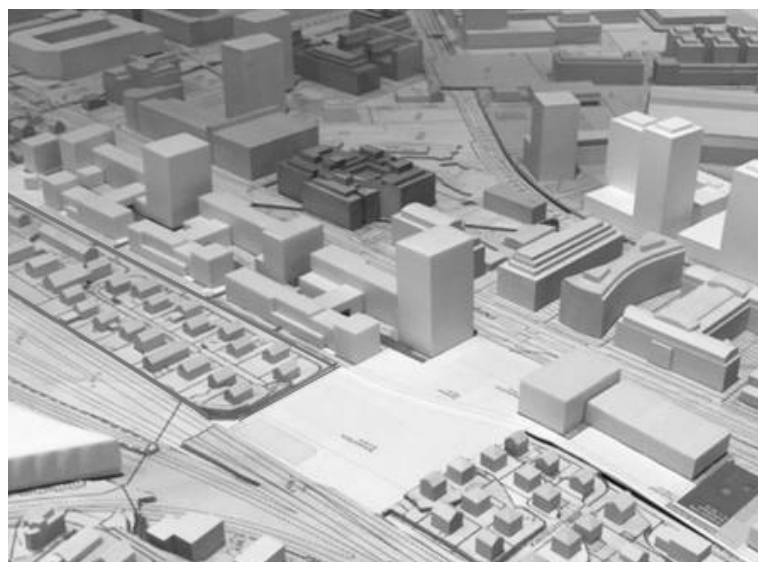
### Vertrauen der Bevölkerung fehlt

Laut unabhängigen, repräsentativen Umfragen wollen über 80 Prozent der Bevölkerung den digitalen Pass nicht von Firmen, sondern vom Bund beziehen – das Vertrauen in private Unternehmen fehlt. Mit dem E-ID-Gesetz stellen sich Bundesrat und Parlament gegen den Willen der Bevölkerung.

Mehr Infos unter:

<https://www.e-id-referendum.ch>

Niklaus Scherr



**Gestaltungsplan Thurgauerstrasse (Seite 1):** Verdichtung und gemeinnütziges Wohnen müssen nicht in dieser Weise gegeneinander ausgespielt werden: Das zwischen der geplanten Neubausiedlung «Thurgauerstrasse West» und den Bahngleisen eingeklemmte Grubenacker-Quartier.